

BLICKPUNKT PLENUM

24. – 26. JUNI 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Sozialer Zusammenhalt braucht starke Kommunen

Der hessische Innenminister Beuth machte in seiner Regierungserklärung die Kommunen für ihre defizitären Haushalte verantwortlich. Er betonte während der Debatte um Kommunal финанzen die überdurchschnittliche Ertragslage und die hohen Ausgaben der Kommunen – dabei verschwieg er aber nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion, dass der Kommunalisierungsgrad öffentlicher Aufgabenerfüllung in Hessen bundesweit Spitze ist. Über 50 Prozent der Aufgaben werden von den Kommunen übernommen und dafür fehlt nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion den Städten, Gemeinden und Kreisen eine angemessene Finanzausstattung. Beuth feiere den Schutzschirm und die Leistung des Landes – verschweige aber, dass die CDU-geführte Landesregierung jährlich den Kommunen 340 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich weggenommen habe und die Kommunen den Schutzschirm selbst finanzierten.

Immer weitere Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene und viel zu geringe Landeszuweisungen bringen die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge in Gefahr. Der Innenminister schiebe die Verantwortung auf die Kommunen. Dabei sehe die Lebenswirklichkeit in den Kommunen völlig anders aus. So seien die Kosten eines Kitaplatzes zu 8800 Euro im Jahr ungedeckt. In der Tagespflege müssten die Kommunen pro Platz für 3720 Euro gerade stehen. Absolut habe der negative Finanzierungssaldo der hessischen Kommunen bei minus 1,1 Milliarden Euro gelegen.

Verschuldung sei keine Lösung. Aber: das Land dürfe die Kommunen durch immer neue Kürzungen, Herbstertasse und Kostenumlage nicht ausbluten lassen. Der kommunale Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung von 2013 habe es gezeigt. Hessens Kommunen hätten mit durchschnittlich 418 Euro Defizit pro Einwohner das höchste Finanzierungssaldo im Ländervergleich. Und daran seien nicht die Kommunen schuld, denen der Innenminister unverhohlen vorgeworfen habe, aus dem Vollen zu schöpfen. Die Verantwortung trage die Landesregierung, die ihrem Verfassungsauftrag nicht nachkomme, die Kommunen askömmlich zu finanzieren. Hessens Kommunen hätten bundesweit je Einwohner das höchste Finanzierungsdefizit, die zweitniedrigsten Zuweisungen durch das Land, die zweithöchsten Schulden, die zweithöchsten Sozialaufwendungen und den zweitniedrigsten Zuwachs an Steuerertrag seit der Finanzkrise. Und die Verantwortung dafür trage das Land, kritisierten die Sozialdemokraten.

Hessische CDU muss Koalitionen mit der AfD klar ausschließen

Eine klare Absage für mögliche Koalitionen mit der der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat die SPD-Landtagsfraktion gefordert. Wichtige Repräsentanten der hessischen CDU hätten in jüngster Zeit eine Koalition der CDU mit der AfD als Option ins Gespräch gebracht. Der Hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Bouffier habe erklärt, diese Frage stelle sich nicht. Eine Koalition habe er aber nicht ausgeschlossen. Wenn diese klare Abgrenzung nicht erfolge, sei dies ein deutlicher Beleg, dass die CDU aus machtpolitischen Erwägungen bereit ist, auch Koalitionen und Bündnisse mit solchen Gruppierungen und Parteien wie der AfD zu schließen. Dies sei ein fatales Signal.

Populismus diene als Strategie der AfD. Es sei deshalb klug und notwendig sich auch inhaltlich mit der AfD auseinander zu setzen. Es reiche eben nicht, wie die hessische CDU, die AfD und ihre politischen Aussagen zu ignorieren. Deswegen sei es falsch auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen, nationalistischen und europafeindlichen Positionen zu verzichten.

Landesschulamt abschaffen. Jetzt! Und nicht irgendwann

In der Debatte des SPD-Gesetzentwurfes zum Landesschulamt hat die SPD-Landtagsfraktion nachdrücklich die umgehende Abschaffung der von schwarz-gelb eingeführten Behörde gefordert. Eine Behörde, die keiner braucht und keiner will, gehöre abgeschafft. Mit der Einbringung des Gesetzentwurfes zeige die SPD-Fraktion Flagge für den Erhalt und die Selbstständigkeit der 15 Staatlichen Schulämter und für eigenständige Standorte in der Fläche. In diesem Punkt sei sich die überwiegende Mehrheit im Landtag zwar seit langem einig, doch Schritte zur Umsetzung des Ziels seien bisher nicht erfolgt.

Auch gut ein halbes Jahr seit Beginn der Wahlperiode hätten weder die Regierungsfractionen noch die Landesregierung einen Vorschlag oder ein Konzept vorgelegt. Deshalb habe die SPD jetzt das Heft in die Hand genommen und einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Staatlichen Schulämter wieder aus der Behörde herausgelöst und unmittelbar an das Kultusministerium angebunden und damit eine echte Zweistufigkeit der Schulverwaltung wieder hergestellt werde.

Der verbleibende Rumpf werde zu einem Landesinstitut für Lehrerbildung und Qualitätsentwicklung, um etwa die Evaluation schulischer Prozesse direkt in die Ausbildung von Lehrkräften einfließen zu lassen und Qualitätsentwicklung und Lehrerbildung Unabhängigkeit zu garantieren. Der SPD-Gesetzentwurf sei nicht in Stein gemeißelt, sondern eine gute Grundlage für die Beratungen im Landtag. Die SPD-Landtagsfraktion forderte die Regierungsfractionen auf, weitere Ideen auch zur Gewinnung von Synergieeffekten einzubringen und den SPD-Vorschlag zu unterstützen.

Nachtragshaushalt: Erschreckend schwache Leistung

Als „erschreckend schwache Leistung“ hat die SPD-Landtagsfraktion den ersten schwarz-grünen Nachtragshaushalt bezeichnet. Es sei bemerkenswert, dass dieser von einer Steuererhöhung, diversen Tricks zur Beschönigung der Neuverschuldung und der Schaffung neuer hochdotierter Stellen geprägt sei. Gestaltende Elemente würden sich nicht finden. Notwendige Maßnahmen - wie beispielsweise der Ausgleich der Unterfinanzierung beim Landesstraßenbau oder das versprochene Sozialbudget - seien nicht aufgegriffen worden. Beim Sozialbudget werde der Name zwar im Nachtrag benannt, aber es gebe keinen müden Euro zusätzlich. Auch die Kommunen erhielten keinen Nachschlag.

Im Nachtragshaushalt seien keine Sparanstrengungen sichtbar, es gebe keine politisch gesteuerten Ausgabenreduzierungen. Im Gegenteil, man verzichte auf die wichtige Pensionsrücklage und verlagere damit die Probleme in die Zukunft. Mit dem Vorziehen der Erhöhung der Grunderwerbssteuer zum 01.08.2014 anstatt zum 01. Jan. 2015 kassiere man ein Wahlversprechen und verunsichere Käufer wie Investoren. Die neue Koalition profitiere auf der Ausgabenseite lediglich davon, dass die Zinsausgaben geringer seien als im Doppelhaushalt angesetzt. Die Zinsausgaben seien aber bereits im Haushaltsbeschluss zu hoch angesetzt worden. Schon bei Verabschiedung des noch laufenden Haushaltes hatte die SPD-Fraktion angesichts der Erwartungen beim Zinsniveau die etatisierten Zinsausgaben als zu hoch kritisiert.

Mindestlohn

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro sowie die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren bei 45 Versicherungsjahren bedeute nach Aussagen der Sozialdemokraten endlich mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt sowie die Anerkennung einer langen beruflichen Lebensleistung, erklärten die Sozialdemokraten im Hessischen Landtag. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn würden vor allem Lücken geschlossen, in denen keine Tarifbindung herrsche bzw. überhaupt keine funktionierende Tarifpartnerschaft bestünde und wo noch einmalige Tarifabschlüsse weit unter 8,50 Euro bestünden. Mindestlohn sei eine Frage von sozialer Gerechtigkeit. Mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt sei das Gebot der Stunde. Der Mindestlohn sei auch erforderlich, damit das Lohnniveau nicht weiter nach unten gehe. Die Kombination von Mindestlohn und Stärkung der Tarifverträge sei der richtige Weg, um den Niedriglohnsektor wirksam einzudämmen.